

Pressemappe

Pressekonferenz zum Start der Kältehilfe-Saison 2025/26

**am 24. September 2025, 11 Uhr
im Rathaus Tempelhof
Tempelhofer Damm 165, 12099
Berlin**

- Pressemitteilung LIGA Berlin
- Statement Federführung LIGA Berlin Oliver Bürgel.
- Statement Diakonie-Direktorin Dr. Ursula Schoen
- Statement Caritasdirektorin Prof. Dr. Ulrike Kostka
- Pressemitteilung Deutsches Rotes Kreuz e.V. Landesverband Berlin
- Pressemitteilung Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.

Pressekontakt:

Markus Galle, Leiter Stabsstelle Kommunikation & Pressesprecher
LIGA Berlin (25/26) & AWO Landesverband Berlin e. V.

markus.galle@awoberlin.de | Tel. 0151 15 44 27 01 | www.awoberlin.de



Pressemitteilung

Zum Start der Kältehilfesaison: Berliner Wohlfahrtsverbände fordern stärkeren Fokus auf Prävention

Berlin, 23. September 2025

Sperrfrist für Zitate: 24. September 2025, 11:00 Uhr

Die Kältehilfesaison startet offiziell am 1. Oktober 2025. Noch sind die Temperaturen eher herbstlich, spätestens jedoch zum Ende des Jahres wird die Berliner Kältehilfe alle Hände voll zu tun haben und Menschen ohne Obdach lebenswichtige Hilfe zu kommen lassen. Über die Herausforderungen in der Kälte- bzw. Wohnungsnotfallhilfe sowie über Ansätze zur Überwindung von Wohnungslosigkeit informierten heute Vertreter*innen der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin (LIGA Berlin) im Rahmen einer Pressekonferenz in der Fachstelle für Prävention von Wohnungslosigkeit im Rathaus Tempelhof.

Oliver Bürgel, Federführer der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin und Geschäftsführer des AWO Landesverbandes Berlin:

„Prävention heißt in der Wohnungsnotfallhilfe vor allem, den Verlust von Wohnraum zu verhindern. Dies funktioniert durch eine gute und koordinierte Zusammenarbeit von Vermieter*innen, Jobcentern bzw. Sozialämtern, Gerichten sowie den Fachstellen Soziale Wohnhilfe. Zuständigkeitsgrenzen müssen ein Stück weit aufgebrochen werden, um das Ziel einer echten ressortübergreifenden Zusammenarbeit zu erreichen. Das ist leider noch nicht immer der Fall und viel zu oft gelingt Prävention auch deshalb nicht. Dann zeigt sich, warum wir das gesamte System der Wohnungsnotfallhilfe und die Kältehilfe leider nach wie vor brauchen.“

Dr. Ursula Schoen, Direktorin des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz:

„Wir müssen unsere Bürgerinnen und Bürger effektiv mit allen Mitteln vor Wohnraumverlust schützen. Denn menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundrecht. Außerdem kostet uns Wohnungsverlust finanziell und gesellschaftspolitisch Unsummen. Sozialberatungsstellen jetzt effektiv auszubauen spart also bares Geld. Aber auch seitens der Jugend-, Finanz- und Justizverwaltungen braucht es Mut zu nachhaltigen Präventivmaßnahmen. Insbesondere, wenn Kinder mitbetroffen sind.“

Prof. Dr. Ulrike Kostka, Direktorin des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin:

„Vorbeugen ist besser als heilen. Wo immer von Prävention die Rede ist, begegnet mir ein zustimmendes Nicken. Bei der Finanzierung von Prävention sieht es jedoch leider ganz an-



ders aus. Persönliche Hilfen zur Überwindung von Wohnungslosigkeit werden von den Bezirken sogar eingeschränkt. Dabei können so Wohnungsverluste verhindert werden, damit Einzelne oder Familien erst gar nicht auf der Straße landen. Wer an der falschen Stelle spart, wird künftig ein Vielfaches aufwenden müssen, um die Folgen von Wohnungslosigkeit zu bezahlen."

Martin Hoyer, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin:

„Dass im Haushaltsentwurf 26/27 die Mittel für Maßnahmen aus dem Sicherheitsgipfel gestrichen wurden, ist ein fatales Signal. Damit fallen unverzichtbare Angebote weg: von der aufsuchenden Straßensozialarbeit bis hin zu einem Tagesangebot für drogenkonsumierende obdachlose Menschen. Das verschärft die Lage für obdachlose Menschen und in den Kiezen insgesamt. Kluge Sozialpolitik geht anders. Wir fordern, Ressourcen gezielt an sozialen Brennpunkten zu stärken, statt abzubauen.“

Hintergrund

Wohnungslosigkeit in Berlin

Laut offiziellen Angaben der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung lebten am 31. Januar 2025 in Berlin 53.610 untergebrachte wohnungslose Menschen (Wohnheime, Trägerwohnungen, Notübernachtungen und weitere Angebote der Wohnungsnotfallhilfe). Darunter sind 14.375 Menschen, die bereits zwei Jahre oder länger untergebracht sind. Bei 20.335 Untergebrachten handelt es sich um Ein-Personen-Haushalten. 15.710 der Untergebrachten sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Zusätzlich weisen die letzten Schätzungen vom Februar 2024 aus, dass 2.364 Menschen verdeckt wohnungslos sind und vorübergehend bei Angehörigen oder Freund*innen unterkommen. 6.032 Menschen leben gänzlich ohne Unterkunft, sprich auf der Straße oder in Behelfsunterkünften.

Nach der Bedarfsprognose der Senatsverwaltung vom 21. Mai 2024 wird das Unterbringungssystem in Berlin im Jahr 2028 rund 100.800 Plätze benötigen.

Kältehilfe in Berlin

Die Berliner Kältehilfesaison beginnt in der Regel am 1. Oktober und läuft bis zum 30. April des Folgejahres, wobei in besonders kalten Wintermonaten zusätzliche Plätze und niedrigschwellige Angebote bereitgestellt werden. In der letzten Saison 2024/25 standen im Durchschnitt 1.071 Plätze zur Verfügung und es gab durchschnittlich 952 Übernachtungen, dies entspricht einer durchschnittlichen Auslastung von 88,9%

LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

In der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben sich in Berlin der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Landesverband Berlin (Federführung 2025/2026), die Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, der Caritasverband für das Erzbistum Berlin, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin, der DRK Landesverband Berliner Rotes Kreuz sowie die Jüdische Gemeinde zu Berlin zusammengeschlossen. In den sozialen Einrichtungen, Diensten und Projekten der LIGA sind in Berlin rund 107.000 hauptamtliche und etwa 53.000 ehrenamtliche Mitarbeitende tätig. Rund 150.000 Menschen sind zusätzlich persönliche Mitglieder in den Verbänden der LIGA Berlin, die wiederum ca. 1.200 Initiativen und Träger vertreten.

Kontakt

Markus Galle

LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin (LIGA Berlin)

über

AWO Landesverband Berlin e. V.

Hallesches Ufer 30 A, Innenhof | 10963 Berlin

Telefon: 030 25 389 252

Mobil: 0151 15 46 27 01

E-Mail: markus.galle@awoberlin.de

Statement von Oliver Bürgel zum Start der Kältehilfesaison

Berlin, 24. September 2025, Pressekonferenz der LIGA Berlin im Rathaus Tempelhof

Oliver Bürgel, Federführer der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin (LIGA Berlin) und Geschäftsführer des AWO Landesverbandes Berlin:

„Wir haben Sie heute eingeladen, um über Prävention zu sprechen. Ein großes Wort, auf das sich gesellschaftlich und politisch viele einigen können. Doch was bedeutet Prävention eigentlich in der sozialen Arbeit – und speziell in der Wohnungsnotfallhilfe?

Im klassischen Sinne meint Prävention die Verhinderung des Auftretens eines Schadens. Man unterscheidet drei Formen: Primärprävention richtet sich an alle und soll verhindern, dass ein Problem überhaupt entsteht – deshalb gibt es etwa Präventionsprogramme in Kitas oder Schulen. Sekundärprävention setzt ein, wenn erste Risiken sichtbar werden, zum Beispiel durch Schuldnerberatung bei den ersten Mietrückständen, um eine Verschlimmerung zu vermeiden. Tertiärprävention schließlich soll Folgeschäden begrenzen, wenn ein Problem schon eingetreten ist. Uns geht es heute um genau diese akute Prävention: um Angebote, die – wenn ein Problem bereits entstanden ist – verhindern, dass es schlimmer wird, dass Menschen in den absoluten Notfall geraten.

In der Wohnungslosenhilfe ist das leicht zu erklären: Prävention heißt, den Verlust von Wohnraum zu verhindern.

Viele von Ihnen wissen, dass es dafür bereits Instrumente in den Bezirken und bei den freien Trägern gibt. Meine Kolleginnen und Kollegen werden dazu gleich noch ins Detail gehen – zu Chancen, zu Grenzen, zu den Herausforderungen.

In diesem Zusammenfang müssen wir auch über Entsäumung und ressortübergreifende Zusammenarbeit sprechen.

Damit Prävention gelingt, braucht es eine gemeinsame Handlungskette: Vermieter*innen, die Jobcenter und Sozialämter als Leistungsträger der Kosten der Unterkunft (bei der Mietschuldenübernahme), Gerichte und Gerichtsvollzieher (im Räumungsverfahren) sowie die Fachstellen Soziale Wohnhilfe. Alle müssen eng zusammenarbeiten.

Das Problem ist aus meiner Sicht: Prävention gelingt viel zu oft nicht. Wir erreichen Menschen nicht rechtzeitig – etwa, wenn sie ihre Briefe nicht öffnen, Mahnungen liegen bleiben und Kündigungen folgen. Obwohl es kostenfreie Angebote der Wohlfahrtsverbände gibt, die genau in solchen Situationen unterstützen könnten. - Wenn Prävention scheitert, wird sicht-



bar, warum es das gesamte System der Wohnungsnotfallhilfe und eben auch die Kältehilfe braucht.

Zwei Gedanken möchte ich mit Blick auf Prävention noch skizzieren:

Erstens: Das Jahr 2030. Die Senatsverwaltung prognostiziert, dass bis 2028 jede*r 40ste Berliner*in in einer Unterkunft leben könnte. Wir können somit nicht sagen, dass wir auf einem guten Weg sind 2030 Wohnungslosigkeit zu überwinden, wenn die Verwaltung selbst nicht davon ausgeht. Deswegen wäre uns schon geholfen, dass zu den heute Wohnungslosen nicht immer neue Menschen hinzukommen.

Zweitens: Der Deutsche Städtetag hat schon vor Jahren errechnet: Jeder Euro, der in Prävention von Wohnungslosigkeit investiert wird, spart am Ende sieben Euro.

Das bringt mich zum aktuellen Haushalt: Ja, es ist kein sozialer Kahlschlag. Aber es gibt weiterhin viel Unsicherheit. Wir haben Sammeltitel, auch im Einzelplan der Sozialverwaltung, – für die Wohnungsnotfallhilfe unter anderem Titel 68406 –, aus denen die Träger nicht erkennen können: Wird mein Projekt ab 1. Januar 2026 noch gefördert? Kann ich alle meine Mitarbeiter*innen in voller Höhe bezahlen? Finde ich mein Projekt überhaupt noch an derselben Stelle im Haushalt?

Heute hat die Unsicherheit eine neue Qualität: Wir bekommen Schreiben aus der Jugendverwaltung und Bezirken, dass Tarifsteigerungen für 2025 nicht voll refinanziert werden – obwohl die Träger längst in Vorleistung gegangen sind. Das ist kein Verwaltungsproblem, das ist ein politisches. Und wenn das nicht in diesem Haushaltsjahr gelöst wird, schreibt sich das entstandene Delta in den nächsten Jahren fort.

Für Komplexträger, die in mehreren Bereichen tätig sind, bedeutet das: In einem Bereich werden die Tarife voll refinanziert, in anderen nicht. Das erzeugt Verwerfungen, die dann mittelbar auch die Wohnungsnotfallhilfe treffen.

Und das, während wir schon heute von über 6.000 Menschen sprechen, die in Berlin auf der Straße leben.

Meine Forderung ist deshalb klar: Wir brauchen Verlässlichkeit in der Finanzierung, wenn wir Prävention ernst nehmen. Denn Prävention funktioniert nicht ohne Kontinuität, ohne Planungssicherheit und ohne Vertrauen.“

Kontakt & Rückfragen

Markus Galle

Pressesprecher LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin (LIGA Berlin) sowie des AWO Landesverband Berlin e. V.

über

AWO Landesverband Berlin e. V.

Hallesches Ufer 30 A, Innenhof | 10963 Berlin

Telefon: 030 25 389 252

Mobil: 0151 15 46 27 01

E-Mail: markus.galle@awoberlin.de

LIGA Berlin | PK Wohnungslosigkeit | 24.9.2025

Statement Diakonie-Direktorin Dr. Schoen

Liebe Pressevertreterinnen und Pressevertreter,

schauen wir gemeinsam fünf Jahre zurück. In den eiskalten Januar 2018: Alexander D. – ein versierter Journalist wie Sie – steht vor dem Nichts. Er hat noch 90 Minuten, um seine Wohnung zu räumen. Der Gerichtsvollzieher wartet. In den 90ern hat er mit seiner Frau Eigentum erworben, dann kam die Trennung, dann die Arbeitslosigkeit und zuletzt die Spielsucht. Staatliche Leistungen hat Alexander nicht beantragt, sein Schuldenberg wuchs, bis alles zusammenbrach. Aber Alexander endet nicht auf der Straße, er muss sich nicht jede Nacht in überfüllte Schlafsäle retten. Er muss nicht darauf hoffen, dass der Kälte- oder Wärmebus ihn außerhalb des Rings aufgabelt. Er muss weder auf der Straße noch in einer ordnungsrechtlichen Unterbringung leben. Alexander hat Glück: Der sozialpsychiatrische Dienst vermittelt ihn an das Übergangshaus der Berliner Stadtmission. Nach zwei Jahren intensiver Betreuung wohnt er wieder zur Miete.

Gemeinsam mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg fragen wir uns heute: **Warum investiert das Land Berlin Unsummen in die Unterbringung von Mitmenschen wie Alexander und viel zu wenig in Maßnahmen, die seinen Wohnungsverlust verhindern? Warum werden ordnungsrechtliche Unterbringungen mit hohen Millionensummen finanziert, aber nicht alles dafür getan, dass Familien in ihren vier Wänden verbleiben dürfen?**

Es ist kein Geheimnis mehr: Das Ziel Wohnungslosigkeit in Berlin bis 2030 zu beenden hat kaum Aussicht auf Erfolg. Aber gemeinsam aufgeben ist keine Alternative: Das Land Berlin muss sich jetzt mehr denn je auf Prävention konzentrieren. Jetzt ist noch die Chance, im Haushalt entscheidende Stellschrauben zu drehen. **Im Haushaltsentwurf finden sich Kürzungen für die Allgemeinen Unabhängigen Sozialberatungsstellen in allen Berliner Bezirken.** Sie sind für Menschen wie Alexander erster, ganz niedrigschwelliger Anlaufpunkt. Hier hätte er seine Scham überwinden, Vertrauen fassen können. Hier wäre er zielgerichtet zu Angebot und Beantragung von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, zum Hilfesystem und zu den nächsten Schritten beraten worden. **Warum wird hier gekürzt während Armut, Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Jahr zu Jahr in schwindelerregende Höhen steigt und die Beratungsstellen kontinuierlich aus- und überlastet sind?**

Auch die fünf niedrigschwelligen Beratungsstellen für Wohnungsnotfälle in freier Trägerschaft müssen täglich Menschen abweisen. Alle sind völlig ausgelastet und arbeiten über ihre Kapazitäten. Aber fünf freie und zwölf bezirkliche Beratungsstellen für bald 100.000 wohnungslose Menschen und Kürzungen bei den niedrigschwelligen allgemeinen Beratungsangeboten? Das soll das Angebot für einen wirksamen Schutz gegen Wohnungsverlust sein, während der soziale Wohnungsbau weit hinterherhinkt? Ich will es noch einmal konkret sagen: **Wohnungsverlust kostet uns finanziell und gesellschaftspolitisch Unsummen. Sozialberatungsstellen jetzt effektiv auszubauen spart also bares Geld.** Hier werden die Abgeordneten in den nächsten Wochen sicher zu einer klugen Entscheidung kommen.

Aber auch seitens der Justiz-, Jugend- und Finanzverwaltungen braucht es Mut zu nachhaltigen Präventivmaßnahmen. Insbesondere, wenn Kinder mitbetroffen sind. Schauen wir in die Familie mit dem allein arbeitenden Vater, der zu wenig verdient, aber keine aufstockenden Leistungen kennt. Der noch nichts gehört hat von Wohngeld und Kinderzuschlag. Nach dem Verlust der Wohnung bekommen sie keinen der verschwindend geringen Familienplätze, sondern werden ordnungsrechtlich in einem Hostel untergebracht. Außerhalb der Wohlfahrtsangebote, ohne sozialarbeiterische Betreuung, auf engstem Raum, Gemeinschaftsküche und Bad geteilt mit fremden Männern und Frauen.

Hier muss die Jugendverwaltung aktiv nachsteuern. Das ist nicht nur eine ganz selbstverständliche Kinderschutzfrage, sondern vor allem auch eine Präventivfrage. Auch die Justizverwaltung und der Regierende sind gefragt: **Berlin muss sich über den Bundesrat für ein Zwangsräumungsverbot insbesondere von Familien einsetzen.** Familien müssen prioritär in Wohnungen untergebracht werden und nicht in Obdachern. **Es muss moralischer und wirtschaftlicher Anspruch einer christlich-sozialdemokratischen Regierung sein, die Beschlagnahme leerstehender Wohnungen als juristische Handlungsoption aktiv und ernsthaft zu prüfen.** Nochmal zur Erinnerung: **Alleine die ordnungsrechtliche Unterbringung einer vierköpfigen Familie auf knapp 30 m² bekommt der Steuerzahler zum Preis einer Penthouse-Wohnung in Mitte. Pro Monat.** Dafür könnte das Land die Beratungsleistungen zur Verhinderung von Wohnraumverlust vervielfachen. Dafür könnte das Land seinen Bürgerinnen und Bürgern viel Leid ersparen.

Für diesen Winter hat unsere Koordinierungsstelle Kältehilfe in Kooperation mit der Senatsverwaltung bis jetzt mit Mühe und Not ca. 726 Notübernachtungsplätze gefunden. Im November werden es mindestens 949 Plätze sein. Orte, an denen körperlichen und seelischen Erkrankungen, an denen Süchten mit Fürsorge begegnet wird. Das sind knapp 1.000 Lebensretter. Und damit wird nur ein Bruchteil derer erreicht, die in Not sind. **Wir wissen, dass sich die Sozialverwaltung intensiv für eine angemessene Ausstattung der Kältehilfe einsetzt. Aber Kälte- und Hitzehilfe sind eben nur kleine Pflaster für eine klaffende Wunde.** Berlin hat – gerade jetzt in den Haushaltsverhandlungen – die Option für ein klares Bekenntnis: **Menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundrecht. Dafür setzen wir so früh wie möglich an. Wir wollen unsere Bürgerinnen und Bürger effektiv mit allen Mitteln vor Wohnraumverlust schützen.**

Die Mitgliedseinrichtungen der Diakonie betreiben in Berlin 4 von 5 Beratungsstellen für wohnungslose Menschen in freier Trägerschaft, 14 von 46 Angebote des betreuten Wohnens, über die Hälfte der Tagesstätten und 6 von 9 Notunterkünften, darunter solche der Stadtmission mit vielen tausenden Übernachtungen pro Jahr.

Hintergrund Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz ist ein Verband der Freien Wohlfahrtspflege. Als Dach- und Spitzenverband vertritt das Werk die 380 evangelischen Träger mit 1.900 **Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsdiensten** in Berlin, Brandenburg und Ostsachsen. Gemeinsam mit ihnen engagiert sich das Diakonische Werk für Teilhabe und Vielfalt und setzt sich im Sinne der Nächstenliebe auf landes- und kommunalpolitischer Ebene mit **53.000 haupt- und 40.000 ehrenamtlichen Mitarbeitenden** für benachteiligte und ausgegrenzte Menschen ein.

Statement von Caritasdirektorin Prof. Dr. Ulrike Kostka

Pressekonferenz der LIGA anlässlich des Starts der Kältehilfe am 24. September 2025

Kontakt: t.gleissner@caritas-berlin.de - Tel: 0171 287 47 63

Ein altes Sprichwort lautet: Vorbeugen ist besser als heilen. Wo immer von Prävention die Rede ist, begegnet mir ein zustimmendes Nicken. Alle betonen sofort deren Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit. Bei der Finanzierung von Prävention sieht es jedoch leider ganz anders aus - vielleicht deshalb, weil die Effekte nicht unmittelbar greifbar sind. Doch das kurzfristige Denken führt mittel- und langfristig zu vermeidbaren hohen Folgekosten. Menschen, die ihre Wohnung verlieren, müssen untergebracht werden. Teilweise in viel zu teuren und qualitativ nicht selten schlechten ASOG-Unterbringungen. Bei Familien hat das besonders gravierende Folgen. Neben den Unterkunftskosten erzeugt das hohe soziale Folgekosten - denn wie sehen die Perspektiven für Kinder aus, die von der Wohnungslosigkeit ihrer Eltern mitbetroffen sind? Welche gravierenden Auswirkungen auf die Zukunft der jungen Menschen hat eine solche prekäre Lebenslage? Der Erhalt der bestehenden Wohnung ist also unter allen Umständen anzustreben. Auch aus ökonomischer Vernunft heraus sollten deshalb alle Register gezogen werden, um bestehenden Wohnraum zu sichern. Was ist dazu nötig? Menschen müssen aufgesucht werden, bevor sie ihre Wohnung verlieren. Zum Beispiel durch die aufsuchende Arbeit der Sozialen Wohnhilfe oder im Rahmen von Kooperationen mit sozialen Trägern. Auch Mietersozialdienste können eine gewichtige Rolle spielen.

Wann werden endlich gesetzliche Regelungen geschaffen, die die Datenschutzfrage so regeln, dass bereits bei Mietschulden schnell gehandelt werden kann, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist, sprich: Fristen verfallen sind? Wenn bei fristloser Kündigung wegen Mietschulden diese durch das Jobcenter übernommen werden, muss der Gesetzgeber gleichzeitig sicherstellen, dass damit die Wohnung auch wirklich erhalten bleibt und der Vermieter nicht einfach noch eine fristgerechte Kündigung nachschieben kann. Dies sind brennende Fragen an die Bundespolitik. Wenn selbst an diesen - durchaus überschaubaren - Stellschrauben nichts verändert wird, sieht es um die Glaubhaftigkeit der Umsetzung präventiver Maßnahmen und Nationaler Aktionspläne düster aus. Aber auch auf Landesebene sehen wir noch viel Luft, wenn es um Prävention geht.

Ein wirkliches Erfolgsmodell stellen dabei die Persönlichen Hilfen zur Überwindung von Wohnungslosigkeit – kurz die sogenannten *67er-Hilfen* (benannt nach dem gleichnamigen Paragraphen aus dem Sozialgesetzbuch XII) – dar. Diese dienen unter anderem auch der Vermeidung von Wohnungsverlust. Sie können Zwangsräumungen verhindern helfen und dienen außerdem dazu, Menschen, die eine Wohnung gefunden, zu begleiten, damit sie sie nicht gleich wieder ihre Wohnung verlieren, sobald sich die ersten Probleme einstellen. Die Investitionen in 67er-Hilfen sind also gut angelegtes Geld. Nach einer Auswertung der Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste und der LIGA Berlin wurde festgestellt, dass die 67er-Hilfen im Land Berlin pro Jahr 3.000 Menschen zu Wohnraum mit eigenem Mietvertrag verhelfen. Darunter sind auch 1.000 Wohnungen, die erhalten werden konnten.

Unverständlich ist, dass solch wirksame Hilfen einem finanziellen Mechanismus (Planmengenverfahren) unterworfen sind, der die Bezirke animiert, an diesen zu sparen. Warum werden – trotz wachsender Wohnungslosigkeit - von Jahr zu Jahr weniger 67er-Maßnahmen von den Bezirken bewilligt? Warum gibt es noch immer keinen Leistungstyp für die Arbeit mit wohnungslosen oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Familien? Dies wird seit Jahren von allen Seiten als notwendig erachtet, weil das bisherige Hilfesystem auf diese komplexen Bedarfe nicht ausgerichtet ist.

Wer an der falschen Stelle spart, wird künftig ein Vielfaches aufwenden müssen, um die Folgen von Wohnungslosigkeit zu bezahlen und das friedvolle Zusammenleben in unserer Stadt nicht zu gefährden. Es ist verantwortungslos, an der Zukunft und der Chancengleichheit von Kindern und deren Familien zu sparen. Kürzungen in der Wohnungslosenhilfe, bei den Unabhängigen Sozialberatungen, den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen oder auch den Suchtberatungsstellen bedeuten immer auch Kürzungen ihrer präventiven Funktionen. Sie führen zu hohen gesellschaftlichen Folgekosten – wie unsinnig. Soziale Hilfen tragen dazu bei, die gesellschaftliche Spaltung zu verhindern. Heilen ist teurer als Vorbeugen.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Pressemitteilung

DRK-Wärmebus ab 1. November im Einsatz Berliner Rotes Kreuz rüstet sich für Kältehilfe- Saison 2025/2026

Berlin, 24.09.2025

Zum Start der Berliner Kältehilfe informiert das Berliner Rote Kreuz über seine bevorstehenden Maßnahmen zur Unterstützung obdachloser Menschen in der kalten Jahreszeit. Der DRK-Wärmebus nimmt seine Arbeit wie in den vergangenen Jahren ab dem 1. November auf und wird bis Ende März täglich von 18 bis 24 Uhr unterwegs sein.

Das Team des Berliner Roten Kreuzes – bestehend aus ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sowie Fachkräften mit sozialpädagogischer Erfahrung – fährt gezielt Orte an, an denen sich regelmäßig wohnungslose Menschen aufhalten. Hinweise aus der Bevölkerung werden ebenfalls berücksichtigt: Ab dem 1. November ist der DRK-Wärmebus täglich ab 18 Uhr unter 030 600 300 1010 erreichbar, um Meldungen über hilfsbedürftige Personen entgegenzunehmen.

Im vergangenen Winter hatten die Helferinnen und Helfer des Berliner Roten Kreuzes wesentlich mehr zu tun als im Jahr zuvor. Die Anzahl der Kontakte zu obdachlosen Menschen nahm im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent zu. Insgesamt verzeichnete das DRK 3.374 Kontakte, bei denen je nach Bedarf Heißgetränke, warme Kleidung, Schlafsäcke oder Isomatten ausgegeben wurden. Zudem konnten 573 Menschen, darunter 149 Frauen, in Notunterkünfte gebracht werden.

Gudrun Sturm, Landesgeschäftsführerin des Berliner Roten Kreuzes: „Die jährlich steigende Zahl an Hilfskontakten unterstreicht die enorme Bedeutung unserer Obdachlosenhilfe und die des Engagements aller Helferinnen und Helfer in der Berliner Kältehilfe. Zum Start der Kältehilfe-Saison gilt mein aufrichtiger Dank allen, die durch ehrenamtliches Engagement, Spenden oder durch aufmerksames Handeln dazu beitragen, obdachlosen Menschen durch den Winter zu helfen.“

Zur Unterstützung des Wärmebus-Teams in der Kältehilfe-Saison 2025/2026 stellt das Berliner Rote Kreuz noch Honorarkräfte mit sozialpädagogischen

Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung ist mit Nationalen Gesellschaften in über 180 Ländern die größte humanitäre Organisation der Welt.

**Landesverband
Berliner
Rotes Kreuz e.V.**

Bachestr. 11
12161 Berlin
Tel. (030) 600 300
Fax (030) 600 300 9 1220
www.drk-berlin.de

Vorsitzende des Vorstands

Gudrun Sturm
Tel. (030) 600 300 1220
SturmG@drk-berlin.de

Pressekontakt:

Karsten Hintzmann
Tel.: (030) 600 300 1241
Mobil: 0174 612 061 1
HintzmannK@drk-berlin.de

Charlotte Knust
Tel.: (030) 600 300 1245
Mobil: 0172 590 260 0
KnustC@drk-berlin.de

Die sieben Grundsätze der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung

- Menschlichkeit
- Unparteilichkeit
- Neutralität
- Unabhängigkeit
- Freiwilligkeit
- Einheit
- Universalität

Kenntnissen ein. Interessierte können sich per E-Mail an waermebus[at]drk-berlin.de wenden.

Wärme spenden

Berlinerinnen und Berliner können die Arbeit des DRK-Wärmebusses mit einer Spende unterstützen:

DRK Landesverband Berliner Rotes Kreuz e. V.

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE89 3702 0500 0003 2490 00

Stichwort: Kältehilfe

www.drk-berlin.de/onlinespende

Die sieben Grundsätze der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung

- Menschlichkeit
- Unparteilichkeit
- Neutralität
- Unabhängigkeit
- Freiwilligkeit
- Einheit
- Universalität

Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung ist mit Nationalen Gesellschaften in über 180 Ländern die größte humanitäre Organisation der Welt.



Berlin, 24. September 2025

Seit fast 15 Jahren: Johanniter engagieren sich in der Berliner Kältehilfe

Seit fast eineinhalb Jahrzehnten sind die Johanniter ein verlässlicher Partner der Berliner Kältehilfe. Mit steigender Nachfrage wächst auch ihr Engagement, um Menschen ohne Obdach oder in sozialen Notlagen durch die kalte Jahreszeit zu begleiten.

Die älteste Einrichtung der Johanniter ist das „**Café Krause**“ in Kooperation mit der St.-Thomas-Kirche in Kreuzberg. Seit 13 Jahren finden dort Hilfesuchende während der Kältesaison einen geschützten Ort: warme Mahlzeiten und Getränke, die Möglichkeit zum Aufwärmen sowie ein offenes Ohr für ihre Sorgen.

„Auch hier spüren wir die neue Stadtdarmut deutlich. Unsere Gäste werden jünger, ihre Probleme vielschichtiger“, sagt **Dr. Jörg Bellin**, Koordinator der Wohnungslosenhilfe der Berliner Johanniter. „In allen Einrichtungen verzeichnen wir einen kontinuierlichen Anstieg: Wir versorgen nicht nur wohnungslose Menschen, sondern auch viele, die sozial oder wirtschaftlich benachteiligt oder einsam sind.“

Ein weiteres Angebot ist der „**Ort der Wärme**“ im Humboldt Forum, der ab Mitte November bereits zum vierten Mal öffnet. Gemeinsam mit der *Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss* schaffen die Johanniter dort einen besonderen Raum der Inklusion: kostenlose Heißgetränke und kleine Mahlzeiten, eine Lesecke, einen Spendenladen, Beratungsangebote sowie Möglichkeiten kultureller Teilhabe.

Rund 150 Ehrenamtliche tragen das Engagement der Johanniter in der Kältehilfe. Sie begrüßen die Gäste, bereiten Essen zu, übernehmen organisatorische Aufgaben und schenken den Menschen Aufmerksamkeit. „Dieses Ehrenamt ist der entscheidende Beitrag – genauso wie die Spenden, die wir erhalten“, betont **Björn Teuteberg**, Regionalvorstand der Berliner Johanniter. „Besonders Winterkleidung und Hygieneartikel werden dringend gebraucht. Ohne die Unterstützung der Berlinerinnen und Berliner ist unsere Kältehilfe nicht möglich.“

Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.
Regionalverband Berlin
Leitung Kommunikation &
Pressesprecherin
Sanna Martzahn

Berner Straße 2–3
12205 Berlin

T. +49 173 6193 410
sanna.martzahn@johanniter.de
www.johanniter.de/berlin

Zahlen Kältehilfe-Saison 2024/2025



Abendliche Essensausgabe im „Café Krause“

St.-Thomas-Kirche, Mariannenplatz 28, 10997 Berlin-Kreuzberg

- 2.500 Besuche
- 4.000 ausgegebene Essensportionen
- ca. 80 ehrenamtlich Helfende
- ca. 1.200 ehrenamtlich geleistete Stunden

Ab 01.11.2025 dienstags bis freitags von 17–21 Uhr geöffnet.

Tagesangebot „Ort der Wärme“ im Humboldt Forum

Shopfläche an Portal 3, Schloßplatz, 10178 Berlin

- 8.000 Besuche
- ca. 60 ehrenamtlich Helfende
- ca. 1.700 ehrenamtlich geleistete Stunden

Voraussichtlich ab 19.11.2025 täglich außer dienstags von 14–18 Uhr geöffnet.

Ganzjährige Johanniter-Angebote für wohnungslose Menschen in Berlin

Mit dem Projekt „**Ohlauer 365**“ bieten die Berliner Johanniter seit Sommer 2024 in Kreuzberg 88 Schlafplätze für wohnungslose und schutzsuchende Männer ganzjährig an. In der Ohlauer Straße 22 werden die Gäste an sieben Tagen die Woche mit Schlafplätzen, Mahlzeiten, Kleidung sowie medizinischen und sozialen Angeboten versorgt. Während des ersten Jahres der durchgängigen Öffnung registrierten die Johanniter rund 32.000 Übernachtungen – die Schlafplätze waren damit jede Nacht fast zu 100 Prozent belegt. Von 2018 bis 2024 war die Notübernachtung in der Ohlauer Straße während der Wintermonate bereits Teil der Berliner Kältehilfe.

Seit mehr als 30 Jahren bietet die **Suppenküche** der evangelischen Kirchengemeinde St. Marien-Friedrichswerder Menschen in schwierigen Situationen einen verlässlichen Treffpunkt. Ab Januar 2025 unterstützen die Berliner Johanniter diese wichtige Hilfe mit einem ehrenamtlichen Team. Alle zwei Wochen, sonntags von 14 bis 17 Uhr, erhalten rund 120 Gäste in der **St.-Marien-Kirche** eine warme Suppe, belegte Brote und Lebensmittel zum Mitnehmen.